

„Globalisierungskritik neu denken und für Attac wirksam machen“ (persönlicher „Zugang“ zum Thema durch Neuformulierung und Komprimierung des Textes – Ulrich von der Stein - Attac Wuppertal)

Inhaltsverzeichnis

- 0. Prolog: Warum dieser Zugang zum Thema gewählt wurde**
- I. Analyse: Die Entstehung des heutigen Wirtschaftssystems und seine Folgen**
 - a) Umweltzerstörung und Klimawandel
 - b) Armut, wirtschaftliche Ausbeutung und Migration
 - c) Unfairer Welthandel und Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung
 - d) Soziale Ungleichheit und der Verlust des Vertrauens in die Demokratie
 - e) Spekulative Finanzmärkte und Investitionsstau bei den Vermögenden
 - f) Grundversorgung und deren Gefährdung durch Privatisierung
 - g) Überlastung sozialer Sicherungssysteme
 - h) Zunahme (?) kriegerischer wirtschaftlicher und religiös-kultureller Auseinandersetzungen
 - i) Demokratiekrise, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Minderheitenschutz
 - j) Das Problem eurozentrischer Wertevermittlung
- II. Die Dilemmata der Änderung unserer (westlichen) Lebens- und Wirtschaftsweise**
 - a) Permanentes Wachstum versus Zusammenbruch des Wirtschaftssystems
 - b) Green Deal versus Befreiung von der Dynamik des Konsumismus
 - c) Abschottung des Lebensstandards der globalen Nordens versus Abbau der zwischen- und innerstaatlichen sozialen Ungleichheiten
 - d) Profitmaximierung und Shareholder Value-Orientierung versus gemeinwohlorientiertes Wirtschaften
 - e) Freie versus soziale(re) Marktwirtschaft
 - f) Regionalisierung versus Globalisierung
- III. zu II.: exemplarische Konkretisierung und Begründung von Lösungsansätzen sowie die Frage der Themenfokussierung von Attac**
 - a) Ausbau des Dienstleistungssektors und Verringerung materieller Arbeitsproduktivität
 - b) Kreislaufwirtschaft und die Umstellung industrieller Produktion und unserer Konsumgewohnheiten
 - c) Gemeinwohlorientiertes und nachhaltiges Unternehmenshandeln und Bankensystem
 - d) Die stabilisierende Rolle des Staates und der Schutz des „Allgemeinguts“ Grundversorgung
 - e) Beseitigung von Hindernissen fairer internationaler Zusammenarbeit
 - f) Regionalisierung der Energie- und Lebensmittelversorgung

g) Sonderthema Entmilitarisierung und internationales Konfliktmanagement:
Weltweite Sicherheitsarchitektur und Abrüstung

0. Prolog: Warum dieser Zugang zum Thema gewählt wurde

In der Diskussion von Attac Wuppertal über das Positionspapier kam hinsichtlich seines nicht unbeträchtlichen Umfangs von 25 Seiten die Frage auf, ob nicht angesichts der heutzutage begrenzteren Aufmerksamkeitsspanne von Lesern eine kompaktere Version des Papiers sinnvoll und hinzubekommen wäre. Diese Herausforderung habe ich angenommen, um die Komplexität der Globalisierungskritik persönlich besser zu durchdringen. Die Sortierung meiner Gedanken entlang des Papiers führte aber zu einer anderen Textstruktur, inhaltlichen Akzentuierungen, zusätzlichen Überlegungen und Ergänzungen.

Ich hoffe, dass dieser - auch nicht ganz kurze - Beitrag die Debatte über die Erneuerung von Attac bereichert und nicht als Geringschätzung der Qualität des Positionspapiers verstanden wird. Für ein selektives Lesen habe ich Hyperlinks verwendet.

In Hinblick auf das „wirksam machen“ der Fortschreibung der Globalisierungskritik habe ich mich zudem gefragt, wie konkret möchte und kann Attac an der Umsetzung seiner Forderungen mitwirken, wenn die 8 Thesen des Selbstverständnisses von 2001/06 weiterhin aktuell sind. Unsicher, ob das überhaupt gewünscht ist, habe ich trotzdem versucht, die Themenfelder zu identifizieren, auf denen sich Attac in Verbindung mit anderen politischen Bewegungen wirksam engagieren könnte, ohne sein Selbstverständnis als „innovativen Organisationstyp“ aufzugeben und ohne seine Mitglieder in den lokalen Gruppen mit der Aneignung von Expertise zu überfordern. Inwieweit die bisherigen Aktionsformen „Expertise, Aufklärung und Aktion“ und die Bündnispolitik mit anderen Bewegungen hinsichtlich der wirksamen Umsetzung von politischen Forderungen noch ausreichen, lasse ich dahingestellt, rege aber an, darüber nachzudenken.

I. Analyse: Die Entstehung des heutigen Wirtschaftssystems und seine Folgen

Mit der Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierung veränderte sich unsere Art des Wirtschaftens. An die Stelle des grundsätzlich bedarfsorientierten Gewerbetreibens und Handelns, wie es sich z.B. in der Niederlassungsbeschränkung von Handwerkern durch die Zünfte ausdrückt, die zu viel Konkurrenz der Gewerke in einem Gebiet verhindern wollten, trat nun eine zunehmend auf Wettbewerb und Übertrumpfen ausgerichtete Wirtschaftsweise.

Durch Zerlegung der bisher eher ganzheitlichen Arbeitsprozesse in immer kleinere Arbeitseinheiten wurde unter Einsatz von Maschinen eine immer schnellere und kostengünstigere Massenproduktion erreicht, durch die die Produkte der Konkurrenz preislich unterboten werden konnten. Die industrielle Massenfertigung gebar aber auch den Zwang, mit einem möglichst hohen Warenausstoß den Stückpreis niedrig zu halten, und das (Über)angebot an Waren mit Hilfe von massiver Werbung abzusetzen.

Dieser neuen angebotsorientierten Wirtschaftsweise wohnt also ein immerwährender Wachstumszwang inne, der die ständige Warennachfrage einer Konsumgesellschaft benötigt, die im Gelderwerb zum Zwecke des Konsums und in der Wohlstandsanhäufung ihren Lebenszweck sieht.

Das Glücksversprechen der westlichen Konsumgesellschaft durch erarbeiteten Wohlstand wurde theologisch durch die calvinistische Lehre der Gottgefälligkeit eines arbeitsamen Lebens gestützt.

Im Welthandel war der Finanzierungsbedarf der europäischen Herrschaftshäuser und der herrschenden Schichten nicht nur durch friedlichen Handel wertvoller Rohstoffe, sondern auch durch kriegerische Aneignung der Schätze anderer Kulturen gedeckt worden. Nun kam die Suche nach geeigneten Absatzmärkten für die kostengünstig produzierten Waren und die Beschaffung von Rohstoffen für die industrielle Produktion hinzu. Da bot sich die Kolonialisierung von Gesellschaften an, die weder militärisch noch wirtschaftlich den technisch entwickelteren Industrieländern etwas entgegen zu setzen hatten.

Der insbesondere nach dem 2. Weltkrieg als soziale Marktwirtschaft etwas gemäßigtere Kapitalismus erfuhr mit der Renaissance des Neoliberalismus in der Reagan- und Thatcher-Ära der 1980er Jahre, in der von staatlichen Eingriffen und sonstigen Beschränkungen weitgehend befreite Marktkräfte propagiert wurden, einen gewaltigen Schub, der mit der Markteinführung des massentauglichen Computers in den 1990er Jahren und in der anschließenden digitalen Revolution durch das Aufkommen globalisierter marktbeherrschender Technologiefirmen verstärkt wurde. Die Computerisierung des Finanzhandels, die Entstehung des Online-Handels und die weltweite Vernetzung der Menschen durch das Internet mit seinem (Über)angebot an schnell verfügbarer Information trug zu den im Folgenden beschriebenen Ausprägungen des heutigen Hyperkapitalismus bei:

a) Umweltzerstörung und Klimawandel

Der dem Kapitalismus innewohnende Wachstumszwang und dessen Tendenz zur Profitmaximierung sowie die konsumistische Lebensweise der westlichen Industrienationen hat zu einem maß- und rücksichtslosen Ressourcen- und Energieverbrauch geführt, der die Regenerationskräfte der Natur als unsere Lebensgrundlage überfordert und zudem durch die Art der Energiegewinnung den Klimawandel befeuert.

b) Armut, wirtschaftliche Ausbeutung und Migration

Der Kostensenkungsdruck im Kapitalismus hat zu einer globalisierten Arbeitsteilung und weltweit operierenden Konzernen geführt, die das geringere Wohlstandsniveau in den sogenannten Entwicklungsländern zur Rekrutierung billiger Arbeitskräfte und zur Senkung des Kostenfaktors „menschliche Arbeit“ nutzen. Die Verschleierung der Arbeitsbedingungen und Verhinderung gewerkschaftlicher Vertretung in der modernen Sklaverei hat dabei System. Die Konkurrenzsituation erlaubt es den Unternehmen nicht, angemessene Entlohnung für die Arbeitsleistung zu zahlen und somit das Wohlstandsniveau im globalen „Süden“ zu heben. Zudem würden damit die

Produkte so teuer werden, dass ihr Absatz in den reichen Ländern einbräche, da sich dort nur die Wohlhabenderen sie leisten könnten. Der Neoliberalismus führt hingegen die These des Trickle-Down-Effektes an, der suggeriert, dass mit steigendem Wohlstand der Reicheren auch für Ärmere etwas „durchsickert“.

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsverdichtung durch Personaleinsparungen, geringere Lohnzuwächse im Vergleich zur Gewinnsteigerung in Unternehmen, Rückgang gewerkschaftlicher Vertretung, prekäre Beschäftigung, Ausnutzung des Wohlstandsgefälles durch Anwerbung billigerer Arbeitskräfte aus wirtschaftlich schwächeren Ländern sind nicht nur Phänomene in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern.

Von wirtschaftlicher Not motivierte Flucht und Migration in Länder, die eine Lebensperspektive mit zumindest bescheidenem Wohlstand verheißen, müssen uns daher nicht verwundern.

c) Unfairer Welthandel und Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung

Der Neokolonialismus der Industrienationen besteht nun zum einen darin, sich durch Freihandelsverträge und Investitionsschutzabkommen mit den Ländern des globalen Südens Absatzmärkte zu sichern, die einheimische Konkurrenz mit ihren kostengünstigeren Waren auszuschalten und die einheimischen Märkte zugleich von ihren Produkten abhängig zu machen. Da zum anderen weniger industrialisierte Länder ihre Bodenschätze nicht selbst verarbeiten können, neigen sie dazu, diese als willkommene Einnahmequelle kostengünstig zu veräußern und sie von internationalen Konzernen ohne Rücksicht auf Umweltschäden abbauen zu lassen. Das Versprechen westlicher Investoren, mehr Wohlstand durch Lohnarbeit zu bringen, wird oftmals durch die Zerstörung tradierter einheimischer Lebens- und (agrarischer) Wirtschaftsformen und den schädlichen Einfluss westlichen Materialismus auf die einheimische Kultur bezahlt. In wirtschaftsschwachen Ländern tut die dort i.d.R. stärker grassierende Korruption ihr Übriges. Gegen die bisher übliche Praxis der Industrieländer, ihren Wohlstandsmüll in die ärmeren Länder zu verlagern und somit zur dortigen Umweltzerstörung beizutragen, haben sich diese inzwischen schon gewehrt.

d) Soziale Ungleichheit und der Verlust des Vertrauens in die Demokratie

Zwar hat der Wohlstand weltweit zugenommen, so dass schon ein gewisse „Durchsickerung“ stattgefunden hat, aber auch die Ungleichheit der Verteilung des Wohlstandes. Diese hat ein Ausmaß angenommen, die an der angemessenen Bewertung individueller Leistung zweifeln lässt, die im meritokratischen Versprechen des Neoliberalismus enthalten ist. Politikverdrossenheit droht, wenn gesellschaftlicher Aufstieg und Wohlstand durch eigene Leistung und Verdienst nicht mehr ausreichend möglich erscheint, zugleich der Vermögenszuwachs von Personen ohne Arbeitseinkommen obszön anmutet und dann noch die Politik nicht dafür sorgt – sei es aufgrund von Lobbyismus oder Korruption -, dass in Krisenzeiten ungerechtfertigt erscheinende Privilegien der oberen Schichten in Frage gestellt werden.

Wenn zudem eine Veränderung der Verhältnisse durch demokratische Beteiligung am vermeintlichen oder tatsächlichen Widerstand der politischen und wirtschaftlichen Elite oder an übermäßiger Langsamkeit demokratischer Prozesse zu scheitern droht, schwindet das Vertrauen in die Wirksamkeit der Demokratie.

e) Spekulative Finanzmärkte und Investitionsstau bei den Vermögenden

Die Aufhebung der Kontrolle grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs und der weniger regulierte Handel mit Finanzanlagen seit den 1980er Jahren ließen sich die Finanzinstitute über ihre eigentliche Aufgabe der Kreditvergabe und die Sicherung und Verzinsung von Geldeinlagen hinaus zur Entwicklung von immer spekulativeren und risikoreicheren Finanzprodukten verleiten, mit denen das Geld der Anleger aufs Spiel gesetzt wurde. Der Finanzmarkt wurde eine Spielwiese für Wetteinsätze auf Kapitalbewegungen. Befeuert wurde diese Entwicklung durch die Digitalisierung der Finanzplätze, die einen automatisierten Hochfrequenzhandel mit Hochleistungscomputern zur Ausnutzung kleinster Kursunterschiede ermöglichte. Geldverdienen ohne Produktivität und Wertschöpfung war nun das Motto der Finanzjongleure. Das führte am Aktien- und Immobilienmarkt zu teilweise grotesken Blasen von Marktbewertungen von Unternehmen und Immobilien, in denen der reale Wert immer weniger eine Rolle spielt, sondern mehr die Psychologie der Marktteilnehmer. Das von den Vermögenden am Finanzmarkt mit überschüssigem Kapital verdiente Geld drängte nun auch wieder auf Wiederanlage. Somit gerieten bei der Suche nach geeigneten Investitionsmöglichkeiten und Renditeobjekten auch Bereiche der öffentlichen Versorgung in den Fokus der Spekulation.

f) Grundversorgung und deren Gefährdung durch Privatisierung

Der Glauben an die vom Neoliberalismus behauptete Unfähigkeit staatlicher Institutionen zu effizienter Betriebswirtschaft und die damals sichtbar werdenden Mängel der Planwirtschaft in kommunistisch regierten Staaten ließ die klammen Kommunen zur Schuldentilgung unbedacht öffentliches Vermögen, Infrastruktur und Dienstleistungen wie Grundstücke, Wohnungen, Stadtwerke, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen und Schienennetze an private Investoren verkaufen, teilweise zu Spottpreisen. Anstelle der erhofften verbesserten und billigeren Dienstleistungen durch effizientere und innovativere Betriebsführung der privaten Dienstleister kam es oft eher zu Verteuerungen und Leistungsabbau, wie es z.B. die Stilllegung von aus Sicht der Investoren unrentablen Bahnstrecken in ländlichen Gegenden zeigt. Die Erkenntnis, dass man den Zugang zu Dienstleistungen der Grundversorgung und ihrer Infrastruktur nicht mit der ausschließlichen Ausrichtung auf Profitmaximierung betreiben kann, setzt sich immer mehr durch. Zu diesen in die öffentliche Hand gehörenden Dienstleistungen zählen die Wasser-, Gesundheits- und Energieversorgung sowie die Bereitstellung von Bildung und Verkehrsinfrastruktur.

g) Überlastung sozialer Sicherungssysteme

Um in der neoliberalistischen Wettbewerbsgesellschaft konkurrenzfähig zu bleiben, nutzen die Unternehmen Einsparpotentiale vor allem beim teuren „Humankapital“, insbesondere bei den weniger gut Ausgebildeten, die leichter ersetzbar und weniger

konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt sind und sich somit einer schlechteren Entlohnung kaum entziehen können. Automatisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt sowie Arbeitsverdichtung und die Schwächung gewerkschaftlicher Vertretung durch den Ausstieg aus Tarifbindungen hat einerseits zu einer immer höheren Arbeitsbelastung mit auch volkswirtschaftlich relevanten Burnouts und andererseits zu einer Zunahme prekär Beschäftigter geführt, für die sich das neoliberale Versprechen der Wohlstandsmehrung nicht erfüllt und die sich zudem um einen auskömmlichen Lebensstandard im Alter sorgen müssen. Sie können sich während ihres Erwerbslebens kaum finanzielle Reserven zulegen als (politisch geforderte) Ergänzung zum umlagefinanzierten Rentensystem, das auf eine ununterbrochene und möglichst männliche Erwerbsbiographie in einem Normalarbeitsverhältnis ausgelegt ist. Kinder(allein)erziehung und –betreuung sowie die Pflege alter Angehöriger wird immer noch hauptsächlich von Frauen geleistet, deren Sorgearbeit weder die nötige gesellschaftliche Anerkennung erfährt noch angemessen auf die Rente angerechnet und im Arbeitsleben vergütet wird. Der Ausbau von Sozialleistungen gerät bei dem neoliberalistischen Credo vom schlanken Staat immer wieder unter ideologischen Druck, Bürger und Wirtschaft nicht mit zu hohen Steuern zu belasten, um Konsumnachfrage der Beschäftigten und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht zu beeinträchtigen.

h) Zunahme (?) kriegerischer wirtschaftlicher und religiös-kultureller Auseinandersetzungen

Insbesondere die westlichen Zivilisationen haben sich infolge des im Christentum enthaltenen göttlichen Auftrages, sich die Natur untertan zu machen und zu beherrschen, dabei hervorgetan, diesem mit Hilfe der Wissenschaft, die ihnen (militär)technische Vorteile gegenüber anderen Kulturen verschaffte, gründlich nachzugehen und andere Zivilisationen dabei zu unterjochen oder gar auszulöschen. Der christlichen Missionierung und dem Kolonialismus der sich entwickelnden Industrienationen lag immer das Interesse zugrunde, sich wirtschaftliche Ressourcen zu erschließen und zu sichern, das sich in der Moderne in den geostrategischen und machtpolitischen Einflussnahmen, auch mit kriegerischen Mitteln, auf Gebiete mit Rohstoffquellen und Versorgungswegen äußert. Religiös, weltanschaulich oder kulturell motivierte Auseinandersetzungen scheinen bei den derzeit weltweit wieder zunehmenden innerstaatlichen Konflikten eine besondere Rolle zu spielen. In einer Welt des schnellen Wandels von Gewissheiten und der Informationsüberflutung, der Auflösung von tradierten Lebensweisen und tiefgreifender Verunsicherung über den richtigen Weg in die Zukunft scheint der Rückzug auf Gruppen mit einfachen, identitätsstiftenden Überzeugungen und Weltbildern Schutz vor Überforderung und Geborgenheit in der (kulturellen oder nationalen) Gemeinschaft zu bieten. Identitäre Besinnung wie bei fundamentalistischen Bewegungen und dem wieder aufflammenden Nationalismus bedarf aber auch u. U. der Abgrenzung von einer „feindlichen“ Umwelt und ist die Quelle von Feindbildern, Hass und Gewalt.

i) Demokratiekrise, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Minderheitenschutz

Der Wunsch nach einfachen Welterklärungen und unumstößlichen Gewissheiten wird angesichts einer zunehmend schwierigeren Interpretation und Einordnung von Ereignissen und Informationen trotz ihrer höheren medialen Zugänglichkeit immer drängender. Der Anstrengung der Sichtung und Prüfung von (konträren) Informationen auf Plausibilität und Authentizität sowie der Meinungsbildung, wie sie für partizipative Prozesse in einer Demokratie nun mal grundlegend ist, wollen sich viele Menschen nicht mehr unterziehen und rufen nach dem starken Mann, der ihnen das Denken abnimmt, gesellschaftliche Defizite zu beseitigen und Wohlstand zu erhalten verspricht. In Krisen erfolgt die Rückbesinnung auf gewohnte Lebensweisen und tradierte Rollenbilder, so dass die die erkämpfte gesellschaftliche Anerkennung oder erstrittenen Rechte von (z.B. kulturellen, religiösen, ethnischen) Minderheiten und FLINTA wieder in Frage gestellt werden oder ihre Andersartigkeit als Erklärung für die Misere und als Feindbild herhalten muss. Abwehr von Veränderungen und Dämonisierung des „Feindes“ zum Erhalt von Macht und Status Quo sowie die Diskriminierung gesellschaftlich schwächerer Gruppen sind neben dem als selbstverständlich proklamierten Recht des Stärkeren Triebfedern für die Abwertung oder Ignoranz von Menschenrechten. Das erleben gerade die Emanzipationsbewegungen von FLINTA durch die Renaissance patriarchalischen und klerikalen Weltverständnisses.

j) Das Problem eurozentrischer Wertevermittlung

Bei aller berechtigten und in internationalen Konventionen legitimierten Verfolgung der Einhaltung der Menschenrechte sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Gesellschaften und Kulturen in anderen Weltregionen mit anderer gesellschaftskultureller Entwicklung und Religion zurückhaltend oder ablehnend auf die Überstülpung westlich geprägter Werte und geschlechtlicher Rollenbilder reagieren könnten. Insbesondere der ausgeprägte Konsumismus und die gnadenlose Profitorientierung des Westens werden als Werte- und Sittenverfall begriffen, dem aus deren Sicht mit fundamentalistischer kulturell-religiöser Sinnstiftung entgegengehalten werden muss. Insofern ist der Erfolg propagierter internationaler Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd auch abhängig vom Grad des Misstrauens der Entwicklungsländer gegenüber dem wirtschaftlichen Eigennutz der Industrienationen.

II. Die Dilemmata der Änderung unserer (westlichen) Lebens- und Wirtschaftsweise

a) Permanentes Wachstum versus Instabilität des Wirtschaftssystems

In ökonomischen Modellen besteht der „strukturelle Wachstumszwang“ in der Notwendigkeit der Erzeugung eines so hohen Überschusses (= Gewinn) pro Periode, dass nicht nur die (Zins)kosten des vor der Warenproduktion investierten Kapitals (hier vereinfacht = Einkommen der Arbeitnehmer) gedeckt werden, sondern darüber

hinaus auch die Arbeitnehmer in der nächsten Periode mit der notwendigen Kaufkraft für den Konsum ausgestattet werden, um mit ihrem Einkommen (= Nachfrage) das (komplette) Güterangebot finanzieren zu können, wodurch ja erst der Gewinn zustande käme.

Das Dilemma besteht darin, dass bei diesem exponentiellen Wachstum Ressourcenverbrauch und steigende Umweltkosten durch Effizienzsteigerung noch in gewissem Maße, aber nicht völlig eindämmt werden können und „Degrowth“ instabil ist, indem eine gleichbleibende oder gedrosselte Warenproduktion die Kaufkraft der Beschäftigten und somit auch die Verbrauchernachfrage schmälert, was zu einer Rezessionsspirale aus weiter reduzierter Produktion, steigender Arbeitslosigkeit und nachlassender Wettbewerbsfähigkeit führt.

Der britische Ökonom Tim Jackson hat die angeblich unumstößlichen Mechanismen einer wachstumsbasierten Wirtschaft unter die Lupe genommen und den Rahmen einer möglichen tendenziell stationären und zugleich auch stabilen Ökonomie skizziert, die ihre Eckpunkte aus den Grundprinzipien „Unternehmen als Dienstleistung, Arbeit als Teilhabe, Investition als Zusage an die Zukunft und Geld als soziales Gut“ herleitet und Wirtschaft als Selbstzweck zu einer Wirtschaft als Mittel, um Wohlstand zu erreichen, transformiert.

b) Green Deal versus Befreiung von der Dynamik des Konsumismus

Den Ausweg aus diesem Dilemma und die Erhaltung des bisherigen Wohlstandes – zumindest in den entwickelten Industrieländern - erhoffen sich neoliberale Ökonomen von der rechtzeitigen Entwicklung klimaneutraler Energieerzeugung und technischer Innovationen zum effizienteren und konsistenten Ressourcenverbrauch im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft. PostwachstumsökonomInnen halten diese Hoffnung auf eine relative oder gar absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch für eine Illusion und treten für ein Überdenken unserer allzu „entgrenzten“ Mobilitäts-, Konsum- und Komfortansprüche ein. Das bedeutet nicht den völligen Verzicht auf materiellen Konsum, sondern eine Rückbesinnung auf ein „Leben ohne Scham“, das auf materielles „Mithaltenkönnen“ beim Konsum als Gradmesser gesellschaftlicher Anerkennung und von Status verzichten kann. Wohlbefinden und Verwirklichungschancen eines „guten Lebens“ erfordern Forschungen nach zwar eine gewisse materielle Grundlage, aber soziales und psychisches Gedeihen hängt mehr von befriedigenden sozialen Beziehungen, sinnstiftender Arbeit und gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe(möglichkeiten) ab.

c) Profitmaximierung und Shareholder Value-Orientierung versus gemeinwohlorientiertes Wirtschaften

Die vorrangige Befriedigung der Aktionäre durch Aktienkurssteigerungen und Dividendenausschüttungen an Stelle der Beteiligung der Beschäftigten des Unternehmen an den Gewinnen durch Gehaltsaufbesserung, zeigt die Pervertierung der Handlungsmaxime des „Homo oeconomicus“, der nur die Profitmaximierung als Ziel kennt und keine Rücksicht auf die Belange eines Gemeinwesens nimmt.

Dabei wäre es sehr wohl möglich, die Zielbestimmung des Wirtschaftens durch die Einführung entsprechender Beurteilungskriterien wirtschaftlichen Verhaltens zu ändern, wie die Gemeinwohlökonomie recht detailliert darlegt. Als wirtschaftslenkendes Kriterium gewinnt z.B. bei der Kreditvergabe die Nachhaltigkeit der Investition zunehmend an Bedeutung.

d) Freie versus soziale(re) Marktwirtschaft

Neoliberalisten ist die Einmischung des Staates in die (freie) Marktwirtschaft ein Graus, was zu den unter I. 4.-7. beschriebenen Folgen geführt hat. Da sei an die in den 60er Jahren des 20. Jhrdt. entwickelte soziale Marktwirtschaft erinnert, die wie die freie Marktwirtschaft vom Wettbewerb lebt, aber mit dem Zusatz „sozial“ für die Ziele der gesicherten Freiheit, der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit steht. Ludwig Erhard, der Umsetzer der Sozialen Marktwirtschaft, fasste diese unter dem Überziel „Wohlstand für alle“ zusammen. Diese Ziele gilt es, wiederzubeleben und an die heutigen Ausprägungen des globalisierten Kapitalismus anzupassen. Staatliche Regulierung seiner Auswüchse und die Erhöhung der Staatsquote zur Sicherung der Grundversorgung, zum Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme sowie der von privaten Investoren ausgebeuteten oder vernachlässigten Bereiche des öffentlichen Lebens und der sozialen Infrastruktur erscheinen als dringliche neue Paradigmen.

e) Abschottung des Lebensstandards der globalen Nordens versus Abbau der zwischen- und innerstaatlichen sozialen Ungleichheiten

Wohlwissend, dass wir als reiche Länder des globalen Nordens unseren Lebensstandard und die damit verbundene Ressourcenverschwendung auf Kosten der ärmeren Weltregionen in Anspruch nehmen, verlangen wir von den Schwellenländern nun ökologische Zurückhaltung bei ihrer (neoliberalen) ökonomischen Expansion, aber gehen selber nicht mit gutem Beispiel bei der Senkung des ökologischen Fußabdrucks durch Komfortverzicht voran, wie auch die Aussperrung der Flüchtlingsströme, die als Bedrohung unseres Lebensstandards betrachtet werden, an den Außengrenzen der EU zeigt. Fluchtursachen lassen sich langfristig nur durch internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Armut und der Folgen des Klimawandels sowie das Zulassen wirtschaftlicher Prosperität auf Kosten der Absatzmöglichkeiten von Großkonzernen und der Exportüberschüsse der reichen Industriestaaten bekämpfen. Eine Nivellierung des Wohlstandes in allen Ländern erscheint als unumgängliche Bedingung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft bei der gemeinsamen Bewältigung der multiplen Krisen in diesem Jahrhundert. Innerhalb der nationalen Gesellschaften stellen die Vermögensakkumulation auf einige wenige Prozent der Bevölkerung und unangemessene Einkommensunterschiede einen Nährboden für gesellschaftliche Unzufriedenheit und eine Gefährdung demokratischen Beteiligungswillens dar. Abhilfe könnte die stärkere Besteuerung von sehr hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften sein, wie sie auch der französische Ökonom Piketty fordert.

f) Regionalisierung versus Globalisierung

Obwohl eine gemeinschaftliche Verwaltung von Ressourcen auf regionaler oder kommunaler Ebene mit ihren überschaubaren Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen die Beteiligung an demokratischen Prozessen stärkt und Entbürokratisierung fördert, wird die unabhängige Selbstversorgung in kleineren Einheiten von Lebenswelten nicht ausreichen, um globalisierte Arbeitsteilung gänzlich abzulösen. Mittelfristig werden in Deutschland die Energieimporte zwar von 70 auf 40-20 % zurückgehen, aber es wird hinsichtlich seiner Energieversorgung nicht autark werden können. Inwieweit die Lebensmittelversorgung bei einer Umstellung von agrarischer Massenproduktion mit seiner Verwendung von Umweltgiften auf ökologische Landwirtschaft mit Erhaltung von Biodiversität, aber auch nicht ganz so stabilen Erträgen in Deutschland für die einheimische Bevölkerung ausreicht, hängt auch von der Nachfrage nach tierischen Produkten ab, deren Erzeugung die Anbaufläche pflanzlicher Nahrung schmälert.

III. zu II.: exemplarische Konkretisierung und Begründung von Lösungsansätzen sowie die Frage der Themenfokussierung von Attac

a) Ausbau des Dienstleistungssektors und Verringerung materieller Arbeitsproduktivität

Eine Erkenntnis neuerer, empirisch gestützter Forschung ist, dass eine dienstleistungsbasierte Wirtschaft vermutlich wesentlich langsamer wachsen würde als eine produktorientierte Ökonomie. Die nach einem US-Ökonomen benannte „baumolsche Kostenkrankheit“ besagt, dass „stagnierende“ dienstleistungsorientierte Sektoren der Wirtschaft wie Handwerk, Gesundheit, Bildung und Kreativbereich Lohnsteigerungen, die sich tendenziell an den Löhnen in den höchstbezahlten „produktiveren“ Sektoren orientieren, nicht wie in diesen durch Steigerungen der Arbeitsproduktivität aufgefangen werden können. Der Kostendruck auf diese wirtschaftlichen Dienstleistungen der Reparatur- und Renovierungsanbieter und der Grundversorgung führt demnach in „reichen“ Volkswirtschaften tendenziell zu ihrem Verschwinden und bei Erhalt sinnvoller Dienstleistungen zu ihrem größeren Anteil am BIP und damit zu annäherndem Nullwachstum. Die befürchtete Arbeitslosigkeit und Instabilität bei einer zurückgehenden Wachstumsrate des BIP konnte in ökonomischen Simulationen durch die strukturelle Verlagerung des Wirtschaftens in Richtung dienstleistungsorientierter Unternehmen in Verbindung mit arbeitszeitpolitischen Maßnahmen vermieden werden.

Das Postwachstumsökonomien schockierende „Gesetz des Kapitalismus“ des französischen Ökonomen Piketty, nämlich dass zurückgehende Wachstumsraten zu einer größeren sozialen Ungleichheit führen, hat sich im System der Ausbeutung des Arbeitslebens auf der Jagd nach Produktivitätsgewinnen für die Kapitaleigentümer als richtig erwiesen, relativiert sich aber bei der Betrachtung jener Sektoren, die

zeitintensive Dienstleistungen am Menschen erbringen und somit weniger anfällig für die Ersetzung von Arbeit durch Kapital sind.

Themeneignung für Attac: mittel – da lohnpolitische Forderungen besser in Verbindung mit der Grundversorgung und der Steuerungsfunktion des Staates zu verfolgen sind.

b) Kreislaufwirtschaft und die Umstellung industrieller Produktion und unserer Konsumgewohnheiten

Als ein Treiber strukturellen Wachstums in Hinblick auf ein vollständiges technisches Kreislaufsystem erweist sich der weitestgehend fehlende Rück- oder Umbau von veralteten Produktionsanlagen und Infrastrukturen – siehe den jahrzehntelangen Rückbau von Atomkraftwerken und die ungelöste Lagerung von Atommüll. Baustoffersatz (z.B. für Beton) ohne erneute ökologische Folgeschäden (Übernutzung von erneuerbarem Energie- und Baustoff wie Holz) gestaltet sich auch schwierig. Unvollständiges Kunststoffrecycling und die (Plastik)vermüllung unserer Welt ist ebenfalls ein Hindernis auf dem Weg zu vollständigen Wiederverwertungskreisläufen. Die Industrie müsste konsequent zu einem ökologischen Produkt- und Verpackungsdesign mit vollständiger Recyclingmöglichkeit „gezwungen“ werden und wir als Konsumenten müssten uns das „verpackungslose“ Einkaufen angewöhnen. Zur Verlangsamung von Produktionszyklen in Verbindung mit dem mentalen Wandel vom Wegwerfen zum Reparieren könnte die Vermietung anstatt des Kaufes von Haushaltsgeräten dienen, wodurch die Unternehmen mehr an der Langlebigkeit ihrer Produkte interessiert wären.

Themeneignung für Attac: gering – da für eine kundige konkrete Forderungskampagne den Attacies i.d.R. die Grundlagenkenntnisse in Chemie, Baustoffkunde und Recyclingverfahren fehlen oder für sie nur aufwändig anzueignen wären.

c) Gemeinwohlorientiertes und nachhaltiges Unternehmenshandeln und Bankensystem

Wenn diese Umorientierung der Zwecke wirtschaftlichen Handelns weg von der Profitmaximierung und Aktionärsversorgung hin zu einer ausreichenden und bedarfsorientierten Versorgung der Bevölkerung und somit hin zu einem Wohlstand, der für alle auf der Welt ein „gutes Leben“ ohne überzogene konsumistische Ansprüche ermöglicht, gelingen soll, bedarf es massiver (auch internationaler) staatlicher Lenkung, auch „Freiheitseinschränkungen“ für die Bürger – und wenn es „nur“ ein Tempolimit oder das Verbot von Inlandsflügen wäre. Alternativ wäre eine Regulierung über den Preis denkbar, der die Internalisierung sämtlicher Umweltkosten entlang der globalen Lieferketten vornimmt und somit wirtschaftliche Anreize setzt, die Umweltbelastung zu senken. Insbesondere im Bereich der Landwirtschaft und im Baugewerbe würde die Berücksichtigung der Umwelt- und Klimakosten zu nachhaltigeren Produktions- und Konsummustern führen. Die Durchforstung der umweltschädlichen Subventionen wäre dringend notwendig – die für den Verkehr sind seit 2012 sogar gestiegen.

Eine Haftung von Konzernlenkern, hohen Mandats- und Entscheidungsträgern mit Teilen ihres privaten Vermögens für Folgeschäden gravierender oder korruptionsverdächtigter Fehlentscheidungen würde für ihren bewussteren Umgang mit anvertrauten (Steuer)geldern sorgen. Dazu müssten die Bundesrechnungshöfe nicht nur mit Kontrollfunktionen, die sie bisher infolge ihrer geringen personellen Ausstattung nur ungenügend wahrnehmen konnten, sondern auch mit Sanktionskompetenzen ausgestattet werden.

In der Debatte über die Verringerung der Wachstumsimperative wird argumentiert, dass die Geldschöpfung mit der Verzinsung der Kredite durch kommerzielle Banken ohne Wachstum nicht funktioniert und zu Instabilität führt, da Zinszahlungen nicht mehr bedient werden können und Schulden sich aufhäufen. Neue ökonomische Simulationen der Interaktion zwischen Geldkreislauf und Realwirtschaft haben aber gezeigt, dass verzinsliche Schulden bei einer Reform des Geldsystems nicht völlig eliminiert werden müssen, wenn eine resiliente oder (quasi)stationäre Volkswirtschaft das Ziel ist.

Die Abtretung der Geldmengenkontrolle an private Interessen hat in den letzten Jahrzehnten zu der Destabilisierung der Finanzmärkte und Verzerrung der Investmentmärkte geführt. Das Bankensystem muss daher auf seine eigentliche Aufgabe der Kreditversorgung der Realwirtschaft und der Guthabenverzinsung der Bürger zurückgeführt und seine spekulativen Geschäftsfelder durch das Verbot bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Hochgeschwindigkeitshandels und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer zumindest für Derivate zurückgedrängt werden. Auch die Vergabe von Krediten kann mit sozialen und ökologischen Auflagen unter Ausschluss spekulativer Finanzinvestitionen belegt werden.

Themeneignung für Attac: hoch – da der Zugang zu verschriftlichten Verordnungen, Gesetzestexten und Planungen grundsätzlich eher möglich ist als zu spezifischem Fachwissen.

d) Die stabilisierende Rolle des Staates und der Schutz des „Allgemeinguts“ Grundversorgung

Wie schon Keynes prophezeite und es Simulationen bestätigten, hat die Ausgabenpolitik des Staates die Macht, die Wirtschaft zu stabilisieren oder auch zu destabilisieren. Insbesondere eine „antizyklische“ Ausgabenstrategie wirkt beruhigend auf die Wirtschaft – Erhöhung öffentlicher Ausgaben bei sinkender Wirtschaftsleistung und Reduktion öffentlicher Ausgaben bei steigender Leistung.

Die moderierende Rolle der Staatsausgaben kann auch beim Übergang von einer wachstumsbasierten zu einer stationären Wirtschaft zum Tragen kommen.

Eine sowohl verantwortliche als auch effiziente wirtschaftliche Verwaltung und Sicherung der „Allmende“, dem gemeinschaftlichen Ressourcenpool, die zwischen den Polen Verstaatlichung und Privatisierung oszilliert, lässt sich möglicherweise durch gemeinschaftliche Verwaltung auf verschiedenen Ebenen mit geteilten Rechten unter Unterstützung des Staates verwirklichen.

Themeneignung für Attac: hoch – da die Aufklärung einerseits über die Sinnhaftigkeit staatlicher Regulierung - auch der Freiheiten seiner Bürger - und andererseits über die Intransparenz der Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik demokratiestärkend sein kann. Zudem ist der Einsatz für Grundversorgung und Altersvorsorge gut vermittelbar.

e) Beseitigung von Hindernissen fairer internationaler Zusammenarbeit

Die schrittweise Annäherung des Lebensstandards zwischen den armen und reichen Ländern wird nicht ohne Verzicht auf selbstverständliche Konsumgewohnheiten in den reichen Weltregionen (Stichwort Fleischverbrauch und übermäßige Flächennutzung durch Futtermittelanbau) und die Verteuerung der Produkte durch gerechtere Entlohnung der Beschäftigten am Anfang der Lieferketten gehen, wodurch die Bevölkerung in den reichen Ländern in ihrer bewussteren und weniger konsumistischen Auswahl materieller Güter bestärkt wird. Prämisse dafür ist allerdings eine schon ausgeprägtere Dienstleistungswirtschaft, in der materieller Konsum keinen so hohen Stellenwert mehr hat.

Wie die Einhaltung von Menschenrechten hinsichtlich menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und ggf. entsprechender Unterbringungen der in den Subunternehmen Beschäftigten in den kompletten Lieferketten überprüft und Verstöße gegen Menschenrechte sanktioniert werden sollen, muss in weiteren Verbesserungen des Lieferkettengesetz verfolgt und verankert werden.

Hinsichtlich der fairen Gestaltung von Freihandelsverträgen enthält das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zwar Anti-Dumping-Bestimmungen, aber vor der Erhebung von Antidumpingzöllen ist ein Nachweis des Dumping-Tatbestandes zu erbringen und verfahrensrechtliche Schritte einzuleiten. Lohn-, Umwelt- oder Sozialdumping wird vom Antidumping-Übereinkommen nicht erfasst, so dass es auch hier der Nachbesserung bedarf.

Handelsabkommen zwischen wirtschaftlich gleichrangigen Partnern (z.B. TTIP oder CETA), die nicht nur den Interessen von Großkonzernen dienen, sollten transparent und öffentlich einsehbar mit dem Primat der Erhaltung politischer und Verbraucherschutzorientierter Freiräume und der Interessen der Bevölkerungen verhandelt und nicht von Lobbyverbänden und Vertretern mächtiger Konzerne entworfen werden.

Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank werfen Globalisierungskritiker und Umweltorganisationen vor, dass es bei Hilfen für arme Länder vor allem darum gehe, die Kredite von Banken und Industriestaaten vor einem Ausfall zu schützen. Tatsächlich sind die meisten ihrer Kredite an strenge Auflagen gebunden. Besonders kritisiert werden die sogenannten Strukturanpassungsprogramme. Darin gibt man den Schuldnerländern häufig vor, Staatsausgaben wie Sozialleistungen drastisch zu kürzen, staatliche Betriebe schnell zu privatisieren und Handelsschranken abzubauen.

Attac fordert in diesem Zusammenhang ein internationales, transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen mit substantiellen

Schuldenerlassen, die der Bevölkerung und nicht den korrupten Eliten zu Gute kommen.

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einem fairen Welthandel sind die Investitionsschutzabkommen. Z.B. der Energiecharta-Vertrag ist ein bisher wenig bekannter Investitionsschutzvertrag. Unterschrieben haben ihn Anfang der 1990er Jahre einst alle EU Staaten, auch Deutschland. Mittlerweile ist klar: Die Energiecharta hat eine ganze Reihe von Problemen. Der Vertrag ist einseitig, denn nur Unternehmen können Staaten verklagen. Der Vertrag ist schwammig formuliert und so ein Einfallstor für klagende Investoren. Die Schiedsgerichte tagen im Geheimen. Häufig ist weder die Klageschrift noch die Klageerwiderung bekannt. In einigen Fällen wird nicht einmal öffentlich, dass es überhaupt ein Verfahren gibt. Und wenn ein Staat von diesen geheim tagenden Gerichten zu einer Milliardenzahlung verurteilt wird, kann er sich nicht dagegen wehren. Eine Revision, eine Überprüfung vor einem ordentlichen Gericht: kaum möglich.

Themeneignung für Attac: mittel – da die Einarbeitung in die Welthandelsordnung nicht unmöglich, aber doch ziemlich aufwändig erscheint.

f) Regionalisierung der Energie- und Lebensmittelversorgung

Ein in den Postwachstumsökonomien angedachter Ansatz zur Verkürzung von klimaschädlichen Transportwegen und zeitintensiver (Arbeits)mobilität, zur Zusammenführung und Belebung urbaner Lebenswelten (wie Wohnen, Arbeiten, Versorgung und kulturelle Begegnung) sowie zur unmittelbarer basisdemokratischen Mitbestimmung über örtliche oder kommunale Haushaltsmittelverwendung und Projektfinanzierung ist die Dezentralisierung und Regionalisierung politischer Entscheidungsprozesse. Dazu gehört auch das Nachdenken über saisonale Lebensmittelversorgung durch den ökologisch anbauenden Landwirt vor Ort anstatt dem jahreszeitunabhängigen Konsum von Obst- und Gemüsesorten, die energieaufwändig und mit hohem Wasserverbrauch produziert und über weite Strecken transportiert werden müssen. Auch die Energieversorgung auf örtlicher Ebene mit Biogasanlagen und Mini-Kraftwerken funktioniert mittlerweile grundsätzlich schon ganz gut, wenn auch der flächendeckende Ausbau noch nicht sehr fortgeschritten ist.

Themeneignung für Attac: gering – da die Suche nach geeigneten Lösungsansätzen hinsichtlich nachhaltiger agrarischer Anbaumethoden und zukunftsträchtiger Energieformen spezielles Fachwissen erfordert, über das Attacies i.d.R. nicht verfügen.

**g) Sonderthema Entmilitarisierung und internationales Konfliktmanagement:
Weltweite Sicherheitsarchitektur und Abrüstung**

Hier seien nur zwei mögliche Ansätze genannt:

- verpflichtende Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) durch alle Staaten
- Schwächung des Vetorechts im UN-Weltsicherheitsrat